



Resolution anlässlich der Internationalen Handwerksmesse 2015 (IHM)

München, 11. März 2015

Das Handwerk leistet mit rund einer Million meist inhabergeführten Betrieben, über 5 Mio. Beschäftigten und rund 380.000 Auszubildenden einen zentralen Beitrag zu Wohlstand und Beschäftigung in Deutschland. Mit Innovationen, hohem Qualitätsanspruch und großem Engagement im Bereich Ausbildung und Qualifizierung trägt das Handwerk entscheidend zur Zukunftsgestaltung Deutschlands bei.

Diese Leistungen erfordern Rahmenbedingungen, die die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe stärken. Der demografische Wandel, die Fachkräftesicherung, die Umsetzung von Innovationen und Investitionen, die Energiewende und die Digitalisierung stehen beispielhaft für viele Herausforderungen, aber vor allem auch Chancen für das Handwerk.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) und der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) haben daher einen Zukunftsdialog für das Handwerk vereinbart, der am 19. Mai und am 9. Juni 2015 stattfinden wird. Diesem so genannten „Branchendialog“ wird eine Online-Befragung des Handwerks vorgeschaltet (Startschuss am 11. März 2015). Ziel ist die Erarbeitung eines „Masterplans Handwerk“, der die Handwerkspolitik der nächsten Jahre prägen soll.

BMWi und ZDH laden die Handwerkerinnen und Handwerker Deutschlands ein, sich an dem Dialog zu beteiligen und einzubringen.

Das BMWi und der ZDH halten in dieser Resolution bereits heute folgende Gemeinsamkeiten einer modernen Handwerkspolitik fest:

1. Investitionen und Innovationen

Innovationen erfordern Investitionen. Handwerksbetriebe müssen dazu über eine ausreichende Eigenkapitaldecke verfügen.

BMWi und ZDH sind sich einig, dass die Eigenkapitalbasis und die Liquidität der Betriebe gestärkt werden müssen. Geeignete Maßnahmen könnten dazu beispielsweise verbesserte Abschreibungsbedingungen und eine praxisgerechte Thesaurierungsrücklage sein. Aber auch die Betriebe des Handwerks sind hier gefordert.

Innovationen erfordern, dass Know-how und Kompetenz des Handwerks weiter gestärkt werden, damit sich die Betriebe auf neue Märkte passgenau ausrichten – aktuell etwa in den Bereichen Energie, Elektromobilität und digitaler Wirtschaft.

BMWi und ZDH sind sich darin einig, dass die Stärkung der bestehenden Bildungs- und Beratungsstruktur der Handwerksorganisation eine zentrale Voraussetzung für diesen Transfer von Know-how ist.

2. Fachkräftesicherung – berufliche Bildung

Der Fachkräftebedarf im Handwerk wird langfristig nur gedeckt werden können, wenn Initiativen des Handwerks und flankierende Maßnahmen der Politik ineinandergreifen. Ziel muss es dabei sein, die Attraktivität der dualen Ausbildung weiter zu erhöhen, Betriebe und Jugendliche für eine ganzheitliche duale Ausbildung zu gewinnen und dabei auch Zielgruppen wie Frauen, Wiedereinsteiger, Ausbildungs- oder Studienabbrecher sowie Jugendliche mit Migrationshintergrund stärker für das Handwerk zu begeistern.

BMWi und ZDH stimmen darin überein, dass die Attraktivität der Aus- und Weiterbildung im Handwerk gesteigert werden muss. Das bedeutet insbesondere eine Weiterentwicklung der Fort- und Weiterbildungsangebote und eine zielgerichtete Modernisierung der Berufsbilder, etwa im Hinblick auf die Herausforderungen der Energiewende und die Digitalisierung der Wertschöpfungsketten.

Die Handwerksorganisation wird alle ihre Möglichkeiten nutzen, für die duale Berufsbildung im Handwerk zu werben und ihre Vorzüge darzustellen.

Eine entscheidende Voraussetzung für die Attraktivität beruflicher Bildung ist deren Gleichwertigkeit mit akademischer Bildung.

BMWi und ZDH stimmen darin überein, dass dieses Gleichwertigkeitsprinzip im gesamten Bildungsbereich von der Berufsorientierung bis zum Meister-Bafög zu gelten habe.

3. Existenzgründungen – Unternehmensnachfolgen

Zum Prinzip Handwerk gehört das Gründen, Wachsen und Übergeben von Betrieben.

BMWi und ZDH sind sich darin einig, dass nachhaltige Existenzgründungen und Unternehmensnachfolgen gestärkt werden müssen. Sie setzen sich daher bei der Unternehmensnachfolge dafür ein, dass die Betriebe übergabefähig bleiben. Mit Blick auf das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Erbschaftssteuer soll diese bei ihrer Neuregelung mittelstandsgerecht ausgestaltet werden, weiterhin das Betriebsvermögen schonen und für Kleinbetriebe handhabbar sein.

BMWi und ZDH stimmen darin überein, dass die Zunahme von Soloselbständigen die Notwendigkeit unterstreicht, bei Existenzgründungen noch stärker das Prinzip der Nachhaltigkeit zu beachten. Sie betonen gemeinsam, dass das Duale System der beruflichen Bildung und die mit dem Meisterbrief ausgewiesene unternehmerische Qualifikation zentrale Säulen sind, dieses Prinzip zu stärken.

BMWi und ZDH sind sich außerdem darin einig, dass neue potenzielle Zielgruppen für eine attraktive Selbständigkeit im Handwerk gewonnen werden sollten, insbesondere Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund.

4. Energieeffizienz – Umsetzung und Beratung

Mit seinen Leistungspotenzialen im Bereich Energieeffizienz kann das Handwerk maßgeblich zum Gelingen der Energiewende beitragen – in der Umsetzung als Dienstleister wie als kompetenter Berater.

BMWi und ZDH sind sich darin einig, dass dieses Potenzial in den Programmen der Bundesregierung noch mehr genutzt und gehoben werden kann. Das schließt Anbietervielfalt, KMU-Tauglichkeit, Technologieoffenheit und den Zugang zu Energiedienstleistungsmärkten ein. Zudem soll eine Qualifizierungsoffensive für die Energie- und Effizienzende starten.

5. Digitalisierung – ländlicher Raum

Die tiefgreifenden Veränderungen der Wertschöpfungsketten durch die Digitalisierung erfassen alle Wirtschaftsbereiche – auch das Handwerk.

BMWi und ZDH sind sich deshalb darin einig, dass das Handwerk umfassend in die Digitale Agenda der Bundesregierung einbezogen wird. Ein Schwerpunkt der gemeinsamen Bemühungen gilt dem Ausbau entsprechender Kompetenzzentren.

Handwerksbetriebe versorgen insbesondere auch den ländlichen Raum mit Produkten und Dienstleistungen sowie Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Mit der Digitalisierung ergibt sich die große Chance, den ländlichen Raum überregional zu vernetzen.

BMWi und ZDH sind sich darin einig, dass eine zügige flächendeckende und leistungsstarke Versorgung mit Breitbandanschlüssen notwendig ist, um diese Chance zu nutzen und die ländlichen Räume nicht von der Entwicklung abzukoppeln.

6. Moderne Infrastrukturpolitik

Mit seinen Produkten und Leistungen schafft das Handwerk nachhaltige Werte und trägt zur Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur bei.

BMWi und ZDH setzen sich deshalb bei der Umsetzung der europäischen Vorgaben für ein mittelstandsgerechtes Vergaberecht ein. Ergänzende Finanzierungskonzepte zur Einwerbung privaten Kapitals (ÖPP- oder Fondsmodelle) sollen mittelstandsgerecht ausgestaltet werden.

7. Außenwirtschaft – „German Handwerk“

Internationale Märkte bieten deutschen Handwerksbetrieben vielfältige Möglichkeiten und Chancen. Dies gilt besonders für die Bereiche, in denen das deutsche Handwerk mit seinen Leistungen und Qualitätsansprüchen über Alleinstellungsmerkmale verfügt.

BMWi und ZDH werden daher gemeinsam Maßnahmen prüfen, die Vorzüge des Handwerks unter einer einheitlichen Bezeichnung stärker im Ausland bekannt zu machen.

Das BMWi wird das Informationsangebot der Germany Trade & Invest für kleine und mittlere Unternehmen verbessern. Dabei sollte das Handwerk u.a. stärker durch Markterschließungsprogramme für den Auftritt in europäischen Zielländern unterstützt werden. Für Handwerksbetriebe geeignet sind bereits die BMWi-Exportinitiativen.

Als ein wichtiger Träger des Dualen Berufsbildungssystems in Deutschland ist das Handwerk ein zentraler Ansprechpartner für die internationale Berufsbildungszusammenarbeit. BMWi und ZDH sind sich darin einig, Aktivitäten des sogenannten Bildungsexports weiter zu stärken.

8. Europa

Von der dualen Aus- und Weiterbildung über das Kammersystem bis hin zum Meisterbrief hat das Handwerk eigenständige Strukturen, die ein wichtiger und zukunftsfähiger Standortfaktor in Deutschland sind. Der Deutsche Bundestag, der Bundesrat und die Länderwirtschaftsministerkonferenz haben mit entsprechenden Entschlüssen und Beschlüssen ein klares Signal in diesem Sinne gesetzt.

BMWi und ZDH werden sich weiter gemeinsam auf europäischer Ebene für den Meisterbrief als qualifikationsgebundenen Berufszugang einsetzen und dessen positive Effekte für Bildung und Qualifizierung herausstellen.

9. Sozialpartnerschaft und Tarifautonomie

Das Handwerk zeichnet sich in besonderer Weise durch ein hohes Maß an Verantwortung gegenüber den Beschäftigten aus. Die Sozialpartnerschaft ist die Basis für den Erfolg im Wettbewerb und die Gewinnung qualifizierter Fachkräfte.

BMWi und ZDH sind sich daher einig, dass Tarifautonomie und Tarifbindung weiter gestärkt werden müssen.

10. Selbstverwaltung im Handwerk

Für ein leistungsstarkes Handwerk sind lebendige Organisationen und aktive Mitglieder unverzichtbar. Das stärkt unternehmerische Initiative, bürgerschaftliches Engagement und die Teilhabe von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

BMWi und ZDH sind sich einig, dass die Selbstverwaltung auch künftig zentrales Element moderner Handwerkspolitik bleiben muss.

Die Selbstverwaltung wird vom Ehrenamt getragen. BMWi und ZDH werden daher eine Initiative ins Leben rufen, die ehrenamtliches Engagement in der Selbstverwaltung fördert und unterstützt.

Sigmar Gabriel
Bundesminister für Wirtschaft und Energie

Hans Peter Wollseifer
Präsident Zentralverband des Deutschen Handwerks